

Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages

ZUHÖREN. ANPACKEN. UMSETZEN.

Newsletter / 3. Juli 2020



www.nina-warken.de



<https://twitter.com/ninawarken>



<https://facebook.com/warkennina>



<https://instagram.com/nina.warken>

Foto: toko

#sommertour2020



Sehr geehrte Damen und Herren,

das letzte Halbjahr stand und steht ganz im Zeichen der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Wir sind noch lange nicht über den Berg, aber auf einem guten Weg. Bund und Länder tun alles, damit unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Die Ausgaben des Bundes erhöhen sich auf rund 509 Milliarden Euro, die Neuverschuldung steigt auf rund 218 Milliarden Euro.

Vor 75 Jahren hat unsere CDU, die aktuell ihr 75-jähriges Bestehen feiert, entscheidend dazu beigetragen, unser Land neu aufzubauen. Und auch heute ist es unsere CDU, die Deutschland sicher durch die Krise führt und diese auch meistern wird. Zusammenhalt aus Verantwortung: Darum ging es vor 75 Jahren, darum geht es heute, darum geht es auch in Zukunft.

Der Deutsche Bundestag geht nun in die Sommerpause, ich werde ab der kommenden Woche die Gelegenheit nutzen, im Rahmen meiner traditionellen „Sommer-tour“ wieder zahlreiche Stationen in unserer schönen Heimat zu bereisen, im Odenwald und an der Tauber, am Rhein und am Neckar und mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit und freue mich auf den weiteren Dialog mit Ihnen. Bleiben Sie gesund!

Herzlichst

Jhuc
Nina Warken

Corona-Warn-App verzeichnet über 14 Mio. Downloads Im Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn



Mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach ich in dieser Woche über das Corona-virus und die Corona-Warn-App, die aktuell über 14 Mio. Downloads verzeichnet.

Der Bundesgesundheitsminister dankte allen Bürgerinnen und Bürgern, die größte Anstrengungen erbracht und auf diese Weise dazu beigetragen hätten, Infektionsketten zu durchbrechen. Jens Spahn: „Diese Achtsamkeit im Umgang miteinander hat dazu beigetragen, dass wir heute vergleichsweise wenige neue Infektionsfälle feststellen. Gleichwohl haben die getroffenen Maßnahmen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Auch wenn einzelne Maßnahmen weiterhin bestehen bleiben, muss eine Rückkehr

zur `Normalität` mit wenigen, zielgerichteten Einschränkungen schnellstmöglich erfolgen, ohne die bisherigen Fortschritte zu gefährden.“

Eine wesentliche Maßnahme auf diesem Weg sei die schnellere und präzisere Nachverfolgung von Infektionsketten. Die Bundesregierung habe in diesem Zusammenhang bereits früh den Nutzen digitaler Anwendungen erkannt und daher die Entwicklung der sogenannten Corona-Warn-App angestoßen und in Auftrag gegeben. Ziel der App ist es, Bürgerinnen und Bürger schneller zu informieren, wenn diese Kontakt zu einer Corona-Infizierten bzw. einem Corona- Infizierten hatten.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app>

Ich bin gerne Ihre Ansprechpartnerin

Seit Beginn meines Mandats liegt es mir am Herzen, den Bürgerinnen und Bürgern bei Anliegen oder Problemen bestmöglich zu helfen. Sie können mein Team und mich jederzeit auch außerhalb der regulären Telefonsprechstunden unter der Rufnummer 030 - 227 78102 erreichen.

Nächste Telefonsprechstunde:

Mittwoch, 8. Juli 2020

von 14:00 - 15:00 Uhr

Telefon: 030 - 227 78102

www.nina-warken.de

Schnell bewerben für Corona-Sonderprojekt Ehrenamt!



Vor Kurzem startete die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, ihr Corona-Sonderförderprogramm „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern.“. Gefördert werden sollen ehrenamtliche Initiativen, die in der nachbarschaftlichen Lebensmittelversorgung engagiert sind, gerichtet ist dieses Programm an Initiativen in ländlichen Räumen in Deutschland. Akteure, deren Maßnahmen überwiegend in kreisangehörigen Städten und Gemeinden von maximal 50.000 Einwohnern wirken, können eine Förderung von bis zu 8.000 Euro beantragen. Zielgruppe sind beispielsweise ehrenamtliche Initiativen wie Ortsgruppen der Tafeln, die für Angehörige besonders schutzbedürftiger Gruppen wie ältere, vorerkrankte oder ärmere Menschen Lebensmittel bereitstellen. Mit diesen Finanzhilfen soll unseren ehrenamtlichen Helfern vor Ort schnelle und unbürokratische Hilfen zukommen. Das Ehrenamt ist besonders bedeutend im Ländlichen Raum. Auch wenn zwischenzeitlich viele Kontaktbeschränkungen in Folge der Corona-Pandemie wieder aufgehoben wurden, müssen sich derartige Initiativen immer noch an eine Vielzahl von weiterhin bestehenden Auflagen und neue Rahmenbedingungen anpassen, was zu erheblichen Einschränkungen sowie zusätzlichen Aufwendungen und Kosten führt.

Alois Gerig und Nina Warken: „Wir möchten alle angesprochenen Initiativen und Gruppen in unserer Heimat ermutigen, sich schnell für das Programm „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern.“ zu bewerben. Denn das Programm kann gerade in der aktuellen Corona-Situation ehrenamtlich Organisierten in den ländlichen Räumen helfen, wieder helfen zu können. Es ist oft existenziell, für ältere oder geschwächte Menschen einkaufen gehen zu können, Essensspenden zu sammeln und zu verteilen.“

Auch können Antragsteller finanzielle Zuschüsse für Pandemie bedingte Transportleistungen erhalten. Mit den Fördermitteln sollen zudem notwendige Verbesserungen der digitalen Ausstattungen ermöglicht werden. Bewerbungen können online unter www.bmel.de/ehrenamt-versorgung abgegeben werden. Dort sind auch alle Details zu den Förderrahmenbedingungen zu finden. Die Vergabe der Fördermittel in den Landkreisen erfolgt nach dem zeitlichen Eingang der Bewerbung.

„Jetzt müssen alle ihre Stimme für die Polizei erheben“ Nina Warken MdB im Gespräch mit dem Polizeipräsidenten Hans Becker (PP Heilbronn)



Für den in der Gemeinde Mühlhausen beheimateten Hans Becker, der 1974 in den Polizeidienst eintrat und seit Oktober 2017 als Polizeipräsident das Polizeipräsidium Heilbronn leitet, sind die Gewaltexzesse in der Landeshauptstadt Stuttgart von noch nie dagewesener Qualität. „Wir sind entsetzt und betroffen, dass sich ein solches Ereignis in Baden-Württemberg abspielt“, sagte Becker in einem von mir initiierten Instagram-Live-Gespräch und verwies auf die Videos im Internet, die zeigen, wie Polizeibeamte mit Eisenstangen und Pflastersteinen attackiert werden oder wie ein junger Mann einem Polizeibeamten, der gerade eine Festnahme durchführen möchte, brutal mit den Beinen in den Rücken springt. „Die Bilanz ist erschreckend, 22 Kollegen sind verletzt, zahlreiche Polizeifahrzeuge und 37 Geschäfte beschädigt, es kam auch noch zu Plünderungen. Einen solchen Gewaltexzess wie in Stuttgart habe ich in meiner bisherigen Laufbahn noch nicht erlebt“, so der Polizeichef, der verlangte und erwartet, dass die Täter ermittelt und durch die Justiz konsequent sanktioniert werden. Hier müsse der Rechtsstaat klare Flagge zeigen. Becker: „Genauso ist es auch wichtig, mehr zu den Hintergründen des Gewaltexzesses zu erfahren, welche Motivation der Straftäter die Gründe für diese Eskalation waren, die sich ja nicht nur gegen die Polizei, sondern gegen die ganze Gesellschaft richtete.“

Zunehmende Respektlosigkeit

Insgesamt stelle er eine zunehmende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei fest: „Das ist ein Phänomen, mit dem wir seit Jahren zu kämpfen haben.“ Angesichts des Todes des 46-jährigen Afroamerikaners George Floyd, der in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota im Anschluss einer gewaltsamen Festnahme starb, fragte ich nach, wie Becker die derzeit erhobenen Vorwürfe, es gebe auch in der deutschen Polizei einen „latenten Rassismus“, beurteile. „Diese pauschale

Unterstellung hat uns verletzt und getroffen. Unsere Situation lässt sich nicht mit den USA vergleichen, die Polizei in den USA hat einen ganz anderen Ausbildungshintergrund“, kritisierte Becker das „Überschwappen dieser unsäglichen Diskussion aus den USA“. Die Polizeibeamten seien auch angesichts dieser Diskussion verärgert, „weil wir es nicht verdient haben, in ein solches Licht gerückt zu werden.“ Der Polizeipräsident: „Es gibt keinen Grund, der Polizei gegenüber misstrauisch zu sein, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Einer Umfrage zufolge vertrauen 85 Prozent der Bevölkerung der Polizei. Auch Bundespräsident Steinmeier hat sich aktuell klar positioniert und hinter uns gestellt. Das hat uns gefreut. Wir brauchen diesen Rückhalt aus Gesellschaft und Politik.“

Becker: „Es gibt kein Racial Profiling!“

Bisher habe es auch noch nie einen Grund gegeben, aufgrund von Vorwürfen wegen Rassismus oder Diskriminierung eine Statistik zu führen. Becker: „Wenn so etwas vorkommt, dann wird es sofort öffentlich gemacht.“ Seit 2015 bis 2020 habe es in diesem Zusammenhang beim Polizeipräsidium Heilbronn einzig vier Beschwerden gegeben, eine beispielsweise deswegen, weil die Polizei in einer Täterbeschreibung dessen Nationalität genannt habe. „Wer dann sagt, wir hätten ein generelles Problem, dem kann ich nicht weiterhelfen, zumal wir grundsätzlich von der unabhängigen Justiz überprüfbar sind“, stellte Becker fest, der den Weg, die eine Beschwerde nimmt, beschrieb. Jeder könne sich über die Polizei beschweren, sei es bei der Polizei selbst, bei der Staatsanwaltschaft oder beim Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg.

Meine Meinung: Jetzt müssen alle ihre Stimme für die Polizei erheben, Gesellschaft und Politik!



Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben das zweite Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Pandemie verabschiedet. Das sogenannte zweite Corona-Steuerhilfegesetz weist mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen den Pfad aus der Corona-Krise. Dieses Gesetz trägt in besonderem Maße die Handschrift der Unionsfraktion.

Zeitlich befristet sinkt die Mehrwertsteuer

Grundsätzlich gilt: Zur Ankurbelung der Konjunktur wird der Mehrwertsteuernormalsatz von 1. Juli bis 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent, der ermäßigte Satz von 7 auf 5 Prozent gesenkt. Dieser Schritt soll zu Preissenkungen auf breiter Front führen. Damit werden vor allem langlebige Konsumgüter stärker nachgefragt. Von dieser Steuersenkung profitieren insbesondere Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen, die einen großen Teil ihrer Einkünfte für Konsum verwenden. Mit dieser Maßnahme entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger um knapp 20 Milliarden Euro.

Beispiele aus der Praxis:

- Maßgebend für die Anwendung des jeweiligen Mehrwertsteuersatzes ist in der Regel der Zeitpunkt, wann eine Ware geliefert oder eine Dienstleistung vollständig erbracht wird. Auf den Zeitpunkt der vertraglichen Vereinbarung kommt es ebenso wenig an wie auf den Zeitpunkt der Entgeltver-einnahmung oder der Rechnungserteilung.
- Auf Handwerkerleistungen, die von 1. Juli bis 31. Dezember 2020 beendet werden, sind nur noch 16 Prozent Mehrwertsteuer fällig.
- Bei Strom, Gas, Wärme oder Wasser ist in der Regel entscheidend, wann die Ablesung erfolgt. Der dann geltende Mehrwertsteuersatz ist für den gesamten Abrechnungszeitraum anzuwenden. Die Versorgungsunternehmen können aber auch Zeiträume vor dem 1. Juli 2020 und Zeiträume im zweiten Halbjahr getrennt abrechnen. Für Zeiträume vor dem 1. Juli 2020 gilt dann der alte Mehrwertsteuersatz, für Zeiten im zweiten Halbjahr 2020 der neue Mehrwertsteuersatz.
- Beim Telefon ist das Ende des Rechnungszeitraums entscheidend. Werden Telekommunikationsdienstleistungen beispielsweise von 15. Juni bis 14. Juli abgerechnet, gilt der neue Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent.
- Händler müssen jedoch nicht zwangsweise jedes Preisschild ändern. Mit der Preisangabenverordnung ist es auch vereinbar, dass sie – z. B. in einem Lebensmittelladen – einen pauschalen Rabatt an der Kasse gewähren. Das gleiche gilt auch für Kataloge. Ausgenommen von dieser Regelung sind allerdings Waren, die einer Preisbindung unterliegen, wie zum Beispiel Bücher.

Verluste lassen sich leichter verrechnen

- **Verlustrücktrag:** Der steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 von 1 Million Euro auf 5 Millionen Euro (bei Zusammenveranlagung: von 2 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro) angehoben. Verluste aus diesem Jahr können aber jetzt schon geltend gemacht werden. Dazu werden mit dem zweiten Corona-Steuerhilfegesetz zwei neue Mechanismen eingeführt: Der mögliche Verlust aus diesem Jahr kann bei den Vorauszahlungen der Einkommen oder Körperschaftsteuer für das Jahr 2019 pauschal geltend gemacht werden. Dazu wird der Betrag, der für die Berechnung der Höhe der Vorauszahlungen für 2019 maßgeblich war, pauschal um 30 Prozent gesenkt. Die Vorauszahlungen werden dann neu berechnet und die Differenz an den Unternehmer ausgezahlt. Es ist aber auch möglich, in der Steuererklärung für 2019 schon jetzt pauschal einen Verlust für 2020 geltend zu machen. Auch hier beträgt die Pauschale 30 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte. Höhere Verluste können in beiden Fällen berücksichtigt werden, wenn man sie nachweisen kann. Es gilt aber die Grenze für den Verlustrücktrag.
- **Degressive Abschreibung:** Um Anreize für mehr Investitionen zu schaffen, wird für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die 2020



und 2021 angeschafft werden, die Inanspruchnahme einer degressiven Abschreibung in Höhe von bis zu 25 Prozent ermöglicht.

► **Einfuhrumsatzsteuer verschiebt sich:** Die Verschiebung des Fälligkeitstermins um etwa 6 Wochen führt zu einem unmittelbaren Liquiditätseffekt, von dem einführende Unternehmen profitieren.

Entlastungen bei der Gewerbesteuer

- Die Hebesätze für die Gewerbesteuer sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Deshalb wird die Berechnung des Ermäßigungshöchstbetrags für die Gewerbesteuer angepasst. Dazu wird der Ermäßigungsfaktor auf das Vierfache des Gewerbesteuer-Messbetrags erhöht. Bis zu einem Hebesatz von bis zu 420 Prozent können damit im Einzelfall Personenunternehmer durch die Steuerermäßigung vollständig von der Gewerbesteuer entlastet werden.
- Zur Berechnung der Gewerbesteuer werden dem Gewinn aus dem Gewerbebetrieb bestimmte Beträge hinzugerechnet, wenn sie einen Freibetrag übersteigen. Dieser Freibetrag liegt derzeit bei 100.000 Euro und wird auf 200.000 Euro verdoppelt. Auch hierdurch ergibt sich eine Entlastung für den Gewerbetreibenden.

Mehr Unterstützung für Eltern und Kinder

- **Kinderbonus:** Es wird in diesem Jahr ein einmaliger Kinderbonus in Höhe von 300 Euro gezahlt. Der Anspruch auf den Kinderbonus besteht für jedes Kind, für das im Jahr 2020 für mindestens einen Kalendermonat ein Kindergeldanspruch besteht. Es wird also beispielsweise auch für Kinder gezahlt, die im Dezember geboren werden. Der Kinderbonus wird genau wie das Kindergeld aber auf den Kinderfreibetrag angerechnet. Das bedeutet, dass gerade Familien mit kleinen und mittleren Einkommen vom Kinderbonus profitieren. Statt der ursprünglich vorgesehenen Verteilung auf 150 Euro für September und 150 Euro für Oktober haben wir darauf gedrungen, dass bereits im September 200 Euro ausgezahlt werden und im Oktober 100 Euro. Damit verfügen Familie zu Schuljahresbeginn über einen höheren finanziellen Spielraum.
- **Höherer Entlastungsbetrag:** Für die Jahre 2020 und 2021 wird der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 2.100 Euro auf 4.008 Euro angehoben.

Mehr Geld für Forschung und Entwicklung

- **Höhere Förderung:** Die Begrenzung der Bemessungsgrundlage im Forschungszulagengesetz für förderfähige Aufwendungen wird von 2 Millionen auf 4 Millionen Euro erhöht. Damit verdoppelt sich die maximale Höhe der Forschungszulage pro Jahr auf 1 Million Euro. Grundsätzlich kann jedes Unternehmen die Forschungszulage beantragen, ganz gleich, wie groß es ist oder welche Unternehmensrechtsform es aufweist.

Stärkere Förderung von Dienstwagen ohne CO2-Emissionen

- Betriebliche Fahrzeuge, die keine CO2-Emissionen je gefahrenen Kilometer haben (reine Elektrofahrzeuge, inkl. Brennstoffzellenfahrzeuge), werden zukünftig noch stärker gefördert. Zur Steigerung der Nachfrage unter Berücksichtigung der Ziele zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität wird der bestehende Höchstbetrag für die Förderung von 40.000 Euro auf 60.000 Euro angehoben.

Zweiter Nachtragshaushalt

**61,8
Mrd.**

**EURO ZUSÄTZLICH FÜR
FAMILIEN, UNTERNEHMEN,
KOMMUNEN UND DIE
ZUKUNFT UNSERES LANDES.**

***NETTOKREDITAUFNAHME
DURCH DEN ZWEITEN
NACHTRAGSHAUSHALT**

Der Deutsche Bundestag hat am gestrigen Donnerstag, 2. Juli 2020 den Zweiten Nachtragshaushalt 2020 beschlossen. Damit wird das von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossene Kraftpaket umgesetzt. **Der Bund verschuldet sich damit in Höhe von insgesamt 217,8 Milliarden Euro.** Die Kreditaufnahme ist dank unserer Politik der soliden Finanzen der vergangenen Jahre möglich. So konnten wir uns finanzielle Spielräume erarbeiten, die wir jetzt nutzen können, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzumildern.

Unser Ziel ist es nun, die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und ihr zu neuer Kraft auf einem hohen Vorkrisen-Niveau zu verhelfen. Dazu ist ein umfangreiches Konjunkturprogramm erforderlich. Um die zahlreichen konjunkturstimulierenden Maßnahmen finanzieren zu können, müssen wir jedoch Schulden machen. Dies ist deshalb notwendig, weil weder Steuererhöhungen noch Ausgaben senkungen in dieser Phase sinnvoll sind. Beide Optionen wären für eine Erholung unserer Wirtschaft kontraproduktiv und würden mehr schaden als nutzen. Bei der Schuldenaufnahme profitieren wir zudem davon, dass Deutschland nur sehr geringe Zinsen zahlen muss. Deutschland gilt für Anleger weltweit als „sicherer Hafen“. Auch dies ist Ergebnis unserer Politik der soliden Finanzen der Vorjahre. Für uns ist jedoch klar: Solide Finanzen haben für uns auch künftig eine hohe Priorität. Sobald unsere Volkswirtschaft stabilisiert ist, werden wir die aufgenommenen Kredite im Rahmen eines Tilgungsplans ab dem Jahr 2023 zurückzahlen. Wir wollen wieder so schnell wie möglich zu ausgeglichenen Haushalten („Schwarze Null“) zurückkehren und die europäischen Stabilitätskriterien wieder einhalten. Denn nur so können wir auch in Zukunft handlungsfähig sein und auf Krisensituationen wie die aktuelle entsprechend reagieren.

Kein Platz für Hass und Hetze!



V.l.n.r.: Parlamentarischer Staatssekretär Prof. Günter Krings MdB, Nina Warken MdB, S.E. Rupert Holborow und Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB waren Impulsgeber der Diskussion.

Am gestrigen Donnerstag, 2. Juli 2020 fand auf meine Einladung hin ein integrationspolitisches Frühstücksgespräch mit den Berichterstatterinnen und Berichterstattern unserer Fraktion statt. Thema des Gesprächs war „Rechtsextremismus und Muslimfeindlichkeit“.

Als besonderer Gast war der Botschafter Neuseelands in Berlin, S.E. Rupert Holborow, eingeladen, der den Kolleginnen und Kollegen einen Einblick in die Situation Neuseelands nach dem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch im März 2019 gab.

Seitens der Bundesregierung nahmen als weitere Impulsgeber die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB, sowie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Prof. Dr. Günter Krings MdB, teil. Die Schilderungen des Botschafters, wie die neuseeländische Gesellschaft mit dem Anschlag umgegangen ist, haben die Runde beeindruckt. Der Anschlag hat Neuseeland im Kern erschüttert und trotzdem nicht gespalten. Im Gegenteil haben Regierung und Bevölkerung mit großem Mitgefühl reagiert. Auch die muslimische Gemeinschaft hat sich nicht abgewandt, sondern sich offensiv als Teil der Gesellschaft positioniert. Als Reaktion auf den Anschlag wurde das Waffenrecht verschärft und eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung eingesetzt.

Mit der Einberufung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und dem Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität

gehen wir auch in Deutschland richtige und notwendige Wege.

Für mich ist klar: Integration kann nur in einem Klima gelingen, in dem Menschen mit Migrationshintergrund kein Hass entgegenschlägt. Leider mussten wir in Deutschland in jüngster Vergangenheit ganz andere Erfahrungen machen – ob es der Mord an Walter Lübcke, der menschenverachtende Anschlag in Hanau mit mehreren Toten oder die verbale Gewalt ist, die sich gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, vielfach Musliminnen und Muslimen, im Netz verbreitet. Wir müssen uns eingestehen: Hass, Hetze und Rassismus sind Realität in Deutschland. Vieles wurde seitdem auf den Weg gebracht. Hier gilt es weiterhin mit Elan und Nachdruck dran zu arbeiten.

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB erklärte auszugsweise: „Rechtsextremismus und Rassismus bedrohen unseren Zusammenhalt und unsere Demokratie. Unser Ziel muss es sein, dass in Deutschland jede und jeder auf dem Boden unseres Grundgesetzes ohne Angst verschieden sein kann. Ein Unterscheiden in 'Ihr und Wir' bedroht unsere Integrationserfolge und die Vielfalt, von dem unser Land in der Mitte Europas gesellschaftlich und wirtschaftlich profitiert.“

Wir sind als CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefragt, damit die Diskussion über Rassismus in Deutschland in der Mitte der Gesellschaft geführt wird – nicht an ihren Rändern. Wir müssen Rassismus und Diskriminierung erkennen, benennen und bekämpfen.“

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken, MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken, MdB (verantw.), Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 030 / 227 78102. E-Mail: nina.warken@bundestag.de. / Internet: www.nina-warken.de Redaktion / Gestaltung: Matthias Busse. Bildnachweis / Copyright: Foto Portrait Warken: toko. Fotos Spahn, Krings/Warken/Holborow/Widmann-Mauz und Reichstag: Patrick Krolla. PP Becker: PP Heilbronn. 61,8 Mrd. und Grundrente: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mehrwertsteuer: Christiane Lang. Logo 75 Jahre CDU: Kreation: thjnk. Grafik Deutschland Kickoff 2030: CDU. Grafik Gaffer: CDU Baden-Württemberg. Texte: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag/Presse und Information, CDU Deutschlands, N. Warken und M. Busse.

Deutschland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft



Seit dem 1. Juli hat Deutschland für ein halbes Jahr turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Dabei stehen wir vor der schweren Aufgabe, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu bewältigen und die Gesundheitssysteme widerstandsfähiger zu machen.

Zu den vordringlichsten Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft gehören die Verabschiedung des EU-Haushaltsplans von 2021 bis 2027 sowie die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zu Großbritannien. Darüber hinaus geht es um eine gemeinsame Migrationspolitik und den Schutz der EU-Außengrenzen, um Digitalisierung und Klimapolitik. Damit die inhaltliche Kontinuität gewährleistet ist, arbeitet Deutschland in der „Triopräsidentschaft“ mit den beiden Nachfolgern Portugal und Slowenien zusammen.

Noch im Juli soll der sogenannte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), der EU-Haushaltsplan für die Jahre 2021 bis 2027, unter Dach und Fach gebracht werden. Auf dem Tisch liegt ein Kommissionsvorschlag in Höhe von 1,1 Billionen Euro.

Ferner will Europa bis zum Jahre 2050 erster klimaneutraler Kontinent werden. In ihrem „Grünen Deal“ schlägt die EU-Kommission daher vor, den Ausstoß von Treibhausgasen schneller zu reduzieren.

Einführung der Grundrente



**Die Grundrente kommt
für diejenigen,
die sie brauchen.**

Im Bundestag wurde aktuell mit breiter Mehrheit die Grundrente verabschiedet. Ziel ist es, kleine Renten von rund 1,3 Millionen Menschen aufzubessern, die zusätzliche Altersvorsorge zu stärken und Rentner mit langjähriger Versicherungszeit vor Altersarmut zu bewahren. Anspruch besteht ab 1. Januar 2021 sowohl für die neuen Rentner als auch für die Menschen, die schon in Rente sind. Wie hoch die Grundrente ausfällt, ist für jeden Berechtigten unterschiedlich, da die individuellen Beitragszeiten berücksichtigt werden.

Wichtig hierbei war es für mich, dass die Grundrente nicht mit dem Gießkannenprinzip ausbezahlt werden darf, sondern sich klar am Bedarf orientieren muss. Der nun gefundene Kompromiss stellt dies sicher: Grundvoraussetzung für die Grundrente ist, dass Menschen mindestens 33 Jahre in die gesetzliche Alterssicherungssysteme eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben.

Über die Grundrente haben wir sehr intensiv diskutiert, zumal es auch um die Interessen der jungen Generation geht. Klar ist für mich auch, dass man an die Wurzel gehen muss, denn niedrige Löhne führen zu geringen Renten.

Kampfansage an Gaffer und Upskirting



Bundestag beschließt:

Harte Strafen für Unfall-Gaffer!

Smartphonekameras sind heutzutage überall – dieser Umstand gekoppelt an den Trend, sein Leben in sozialen Netzwerken zu teilen, hat zu gesellschaftlichen Missständen geführt: Das sog. Upskirting – also das Fotografieren unter den Rock – und das Anfertigen und Verbreiten von Fotos Verstorbener ist ein mittlerweile leider weit verbreitetes Phänomen.

Beides wird künftig durch das vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen“ unter Strafe gestellt.

Beim Upskirting wird die Intimsphäre von Frauen schwerwiegend verletzt. Solche Übergriffe sind für die Opfer demütigend und oft mit weit reichenden psychischen Folgen verbunden. Der Täter handelt in aller Regel aus sexueller Motivation und die Opfer werden zu einem Lustobjekt degradiert. Deswegen haben wir als Union darauf gedrungen, dass solche Taten als Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung geahndet werden. Damit droht den Tätern nun eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Dasselbe Strafmaß gilt dann übrigens künftig, wenn jemand Unfalltote fotografiert oder filmt. Auch dafür haben wir uns als Union stark gemacht.



„In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat.“

Mit dem Berliner Gründungsauftrag begann am 26. Juni 1945 die Geschichte der CDU Deutschlands. Männer und Frauen, Katholiken, Protestanten und Juden, Arbeitgeber und Gewerkschafter machten sich gemeinsam auf den Weg. Sie gründeten eine Union, getrieben von dem Gedanken ihr Land in Frieden, Freiheit und Demokratie wiederaufzubauen. Es wurde eine Geschichte von Zusammenhalt und Verantwortung, von Gestaltungswillen und Schaffensdrang.

51 Jahre stellte die CDU den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Wie keine andere Partei hat die CDU dieses Land nach dem Krieg geprägt. Wie keine andere Partei hat die CDU Verantwortung übernommen und unser Land durch seine Krisen manövriert.

Das tut die CDU auch jetzt in Corona-Zeiten. Die Pandemie hat unser Land hart getroffen. Durch umsichtiges Handeln hat die CDU-geführte Bundesregierung uns vor Schlimmerem bewahrt. Jetzt geht es aber auch darum, aus der Krise zu lernen und die Chancen zu ergreifen.

Zu ihrem 75. Geburtstag macht sich die CDU deswegen selbst ein Geschenk. Mit dem Projekt Deutschland #KickOff2030 stellen wir nicht nur unseren Mitgliedern, sondern allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Frage, wie sie die Pandemie erleben und welche gesellschaftlichen Herausforderungen sie wahrnehmen. Wir laden alle herzlich ein, ihre persönlichen Erfahrungen zu teilen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Unter www.kickoff2030.de starten wir unser bisher größtes digitales Beteiligungsprojekt – geprägt von Austausch auf digitalen Kanälen mit innovativen Formaten für die konstruktive Zusammenarbeit. Nicht zum Aufbau einer neuen Heimat, wie vor 75 Jahren, aber doch mit dem klaren Ziel vor Augen, diese Heimat krisenfest und zukunftssicher zu gestalten.

Deutschland
Kickoff 2030

